

Schweyz stimmt über Beteiligung an HSR ab

RAPPERSWIL. Die 1972 eröffnete Hochschule Rapperswil soll eine neue Trägerschaft erhalten. Die Kantone St.Gallen und Glarus stimmten dieser bereits zu. In Schweyz entscheidet das Stimmvolk am 28. Februar.

Nach dem Ausscheiden von Zürich bei der Hochschule für Technik Rapperswil (HSR) 2008 handelten die übrigen Kantone St.Gallen, Schweyz und Glarus eine neue Trägerschaft aus.

St. Gallen in der Führungsrolle

Der Standortkanton St. Gallen soll in einer Führungsrolle die finanziellen und unternehmerischen Risiken allein tragen. Schweyz und Glarus können im Hochschulrat weiter mitreden und werden stärker zur Kasse gebeten. Während sich die Parlamente in St.Gallen und Glarus klar hinter die neue Vereinbarung per 1. Oktober 2016 gestellt haben, kommt es in Schweyz zu einer Volksabstimmung. Das Parlament sprach sich aus bildungs- und wirtschaftspolitischen Überlegungen mit 63 gegen 32 Stimmen für die Vereinbarung aus. Da das Geschäft im Kantonsrat eine Dreiviertelmehrheit verpasste, kommt es an die Urne.

Fördert Standortattraktivität

Die Mehrheit der Schweyzer Parlamentarier war der Meinung, dass Gewerbe und Industrie vom Zugang zur Forschung profitierten und die HSR-Absolventen eine wichtige Ressource auf dem regionalen Arbeitsmarkt seien. Dank der geographischen Nähe trage die HSR zur Standortattraktivität des Kantons bei.

Die Regierung hingegen lehnt einen Beitritt aus finanziellen Gründen ab. Sie will mit Blick auf die klammen Kantonsfinanzen Geld einsparen, ohne dass die Studierenden aus Schweyz einen Nachteil erleiden müssen. Diese könnten auch ohne Beitritt ohne Einschränkung an der Schule studieren. Schweyz müsste neu für seine 113 Studierenden (von gesamthaft 1500) neben dem Pro-Kopf-Beitrag gemäss Fachhochschulvereinbarung einen Zuschlag von 90 Prozent bezahlen. Die jährlichen Kosten stiegen für Schweyz um 1,7 auf 3,6 Millionen Franken. (sda)

St. Gallen begrüsst Vorarlberger Idee

BREGENZ. Die Vorarlberger Städte Bregenz, Dornbirn, Hohenems, Feldkirch und die Regio Bregenzerwald bewerben sich um den Titel der Europäischen Kulturhauptstadt 2024. Ein Prozess mit offenem Ausgang und ein Meilenstein für eine Kulturstrategie für den viertgrössten Ballungsraum Österreichs, wie es heisst. Nun haben sich die Stadtpräsidenten von St.Gallen (Thomas Scheitlin) und Friedrichshafen (Andreas Brand) bei einem Treffen mit dem Bregenzer Bürgermeister Markus Linhart positiv zum Projekt geäußert. St. Gallen sehe die Idee der Kulturhauptstadt auch als Zwischenschritt zur Ostschweizer Expo 2027, teilt das Stadtmarketing Bregenz mit. Das Bekenntnis von St. Gallen, Friedrichshafen sowie dem Fürstentum Liechtenstein untermauere die Vision einer gemeinsamen Kulturstrategie. (mel)



Die Fragerunde der beiden Tagblatt-Redaktoren mit den vier neuen Kandidaten in dem mit über 300 Personen gut besetzten Pfalz Keller.

Bilder: Michel Canonica

Sie wollten sich nicht wehtun

Im Pfalz Keller präsentierten sich auf Einladung des Tagblatts die fünf bisherigen und die vier neuen Kandidaten für den St.Galler Regierungsrat. Dabei bekundeten sie ihren Willen zur konsensorientierten Politik. Die harte Debatte blieb aus.

ROMAN HERTLER/MARCEL ELSENER

ST.GALLEN. Vor dem Pfalz Keller wurden die Podiumsgäste gestern abend von vier uniformierten und einigen zivilen Polizisten empfangen. Ein älterer Herr scherzte: «Ihr wollt doch bloss kontrollieren, ob ich zwei Würste am Grill abhole.» Allfällige Sicherheitsbedenken verfolgten dann schnell, denn das zahlreich erschienene Publikum wollte hören, was die fünf bisherigen Regierungsräte und insbesondere die vier neuen Regierungsratskandidaten zu sagen hatten.

Vorwürfe lassen Huser kalt

Mit Spannung erwartet wurde besonders das Statement des SVP-Kandidaten Herbert Huser, der aufgrund diverser Vorwürfe in den letzten Tagen in den medialen Fokus gerückt war. Eine solche «Kampagne» sei ihm gegenüber angekündigt worden, was ihn aber nicht beeindrucken, geschweige denn von einer Kandidatur abhalten könne. «Mich stört vor allem, dass meine Familie diffamiert wird», sagte Huser.

Dafür erwarte er von den Personen, die teilweise im Saal anwesend seien, noch eine Erklärung. Huser interessiert sich besonders für das Baudepartement, was für ihn als Architekt nahe liegt. Dass er in diesem Departement Spitalprojekte umsetzen müsste, die er selbst bekämpft hatte, bereite ihm keine Mühe. «Ich habe die Spitalvorlage nicht bekämpft. Ich habe lediglich Alternativen vorgeschlagen.»

In Zukunft investieren

Huser war es auch, welcher der bisherigen Regierung die schlechteste Note verteilte – eine 4. Er befuhrte zwar die Bildungsoffensive im IT-Bereich und die Expo 2027, doch warnte er vor hohen Kosten. «Wir müssen trennen, was für den Kanton wünschbar ist und was wir uns leisten können. Der Nutzen für die Bürger muss klar sein.»

Etwas zufriedener mit der Arbeit der bisherigen Regierung zeigte sich FDP-Regierungskandidat Marc Mächler. «Die Sanierung der Staatsfinanzen wurde gut aufgegleist», sagte der Direk-

tionsmitglied der UBS und gab eine 4,8.

CVP-Kandidat Bruno Damann verteilte der Regierung eine 5 und hoffte, dass es keine weiteren Sparpakete braucht. «Wir müssen Arbeitsplätze schaffen. Angesichts der wirtschaftlichen Lage dürfen wir nicht mehr nur auf die Industrie fokussieren. Auch im Bereich Forschung müssen wir vorwärts machen.» Ein Medical-Master-Studiengang oder ein Innovationspark Ostschweiz (der beim Bund abgeblitzt war) könnten auch neue Unternehmen und finanzkräftige Steuerzahler in die Region locken. Die Expo wäre seiner Ansicht nach ein Projekt, das die Ostschweiz endlich wieder etwas zusammenstücken könnte.

Andreas Graf von den Parteifreien gab der Regierung überraschenderweise eine 6. «Was nicht heisst, dass es ein Neuer nicht noch besser machen kann.» Graf kann jedoch den Plänen für einen Innovationspark nicht viel abgewinnen. Vielmehr müsse man direkt in die Bildung und die Förderung von Kreativität inves-

tieren. «Ein teurer Innovationspark ist das falsche Gefäss hierfür.»

Kaum Wortgefechte

Wer im geduldrigen Publikum wenigstens in der Fragerunde etwas Zündstoff erwartete, wurde enttäuscht. Zum einen blieben Husers Gegner anonym und stumm. Zum andern meldeten sich lediglich vier Fragesteller – allesamt Männer –, und nur einer hatte eine kritische Frage: Warum man in Grafs Spider entgegen seinen Versprechen keine pointierte Umweltpolitik, «sondern nur eine restriktive Migrationspolitik» finde, wollte Juso-Co-Präsident Samuel Brülisauer wissen. «Weil da die falschen Fragen zur Umwelt gestellt wurden», erwiderte Graf und verwies auf seine Homepage, nicht ohne sich nochmals von den Grünen zu distanzieren: «Sie kümmernten sich zu wenig um ihre Kernthemen.»

Weitere Fragen betrafen die Stellen, die ein Innovationspark schaffen würde (Beni Würth: «Schwierig zu sagen») und die

produktiven Arbeitsplätze in den zumeist privatisierten Staatsbetrieben, worauf Martin Klöti auf wichtige Stellen in der Bildung hinwies und Heidi Hanselmann die Wertschöpfung des Gesundheitswesens hervorhob. Auch die gewitzte Nachfrage nach der Konstellation, die Fässer gegen seinen erklärten Willen in ein anderes Departement zwänge, wurde nur ansatzweise beantwortet. Dass sich trotz Anciennitätsprinzip manchmal auch jene «bewegen müssen, die bleiben wollen», ist bekannt.

«Es fehlten die brennenden, volksnahen Themen», stellte eine Gruppe jüngerer Leute draussen ernüchtert fest. Und so war man sich am Ende einig, dass «das Beste an diesem Abend die Bechingerwurst war», wie ein Stadt-sanktgaller meinte. Das Fehlen jeglicher Streitmomente besagt positiv gesehen immerhin auch dies: Im Kanton und in der St.Galler Regierung geht es friedlich zu und her, und Kompromissbereitschaft wird grossgeschrieben. Sogar, wenn Wahlkampf herrschen müsste.



Es gibt was zu lachen im Regierungsrat: Sichtlich entspannte Bisherige.



Publikumsfrage: Moderator Andri Rostetter und Juso-Co-Präsident Samuel Brülisauer.